

„Das Management sieht uns als Nestbeschmutzer“

15.7.23
Hannover-
Allg.

Eine Initiative von Großunternehmen kritisiert mangelnde Gründlichkeit beim Europäischen Patentamt, Prüfer bestätigen die Kritik

Von Thomas Magenheim

München. Der Mann legt seinen Behördenausweis für das Europäische Patentamt (Epa) vor, der ihn als Patentprüfer identifiziert. Er will wie ein Kollege anonym bleiben, denn Prüfer dürfen sich nach internen Regularien nicht öffentlich äußern, wenn das dem Ansehen des Amts schaden könnte. Und was das Duo zu sagen hat, ist durchaus geeignet, das zu tun. „Die Saat geht auf“, sagt einer von ihnen. Er meint das 2015 eingeführte Beurteilungs- und Beförderungssystem – das aus Sicht einiger großer Unternehmen problematische Folgen hat.

Zuletzt hatten sich unter anderem Siemens, Bayer, Nokia und Roche zur sogenannten IPQC-Initiative zusammengeschlossen. Die moniert, dass das Amt Patentanträge immer schneller und damit schlampiger prüfen lässt. Folge sei, dass vor Gericht angefochtene Patente immer seltener Bestand haben. Und weil Patente insbesondere für forschungslastige Unternehmen essenziell sind, könnte das viel Geld kosten. Das Amt selbst nimmt zur Kritik öffentlich bislang keine Stellung. Gegenüber IPQC hat es Qualitätsprobleme bis zuletzt stets in Abrede gestellt, sagen Industrievertreter.

Bei den beiden anonymen Patentprüfern hingegen hat die Kritik nicht für Verwunderung gesorgt, auch sie sind mit dem Status quo nicht zufrieden. Das 2015 einge-

lichst viele Fälle abzarbeiten. Wer viele Patentanträge bearbeitet, bekomme viele Bewertungspunkte. Je mehr dieser Punkte ein Prüfer schafft, desto schneller steige er auf und erhalte mehr Gehalt. Das geht womöglich zulasten der Gründlichkeit. „Unser Qualitätsproblem ist strukturell“, betont einer der beiden Prüfer, sein Kollege bestätigt es und damit auch Kritik der IPQC.

Es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, bis Qualitätsprobleme durchschlagen, nachdem die Prüfzeit seit Jahren immer knapper werde. „Die Kasse muss stimmen“, ergänzt der andere Prüfer. Gebühren kassiere das Amt aber vor allem, wenn Patente anerkannt würden. Einnahmen per Erteilung hätten deshalb Priorität. Prüfer hätten das daraus erwachsende Qualitätsproblem schon vor acht Jahren befürchtet und intern angesprochen. „Das Management sieht das nicht so und

„

Unser Qualitätsproblem ist strukturell.

Anonymer Patentprüfer

uns eher als Nestbeschmutzer“, sagt einer der Prüfer.

Auch gegenüber dem IPQC mauert das Amt. So verweigere es seit Februar von der Initiative erbetene Daten zur Praxis der Patenterteilung. Es habe auch Einladungen zu einem Runden Tisch oder einer öffentlichen Diskussion zu den Osnabrücker Patenttagen diesen Mai ausgeschlagen, wo man alle Probleme hätte besprechen können. Das alles ist einem Brief des IPQC an

39 Mitglieder im Verwaltungsrat

Das Europäische Patentamt mit Hauptsitz München ist keine EU-Behörde, sondern eine supranationale Organisation, der sich 39 Staaten Europas angeschlossen haben. Jede von ihnen ist im Kontrollorgan Verwaltungsrat mit einer Stim-

men ihrer Länder. San Marino hat also ebenso eine Stimme wie Deutschland. Patentgebühren kommen anteilig auch diesen 39 Staaten zugute. Für viele kleinere stellen sie einen wichtigen Haushaltsposten dar. Die sind an vielen Patenterteilungen inte-

ist die Zahl der Patentanmeldungen von 2018 bis 2022 um ein Zehntel gestiegen, die Zahl der Prüfer aber um 8 Prozent gesunken. Die Quote anerkannter Patentsuchen ist von 2015 bis 2021 von 61 auf 71 Prozent gewachsen bei gleichzeitig halbiert

Epa-Chef Antonio Campinos von Ende Juni zu entnehmen. Aus dem geht auch hervor, dass die Amtsführung mit IPQC nun nicht mehr sprechen will, was an der Diskussion Beteiligte bestätigen.

Der Disput hat mittlerweile auch den Epa-Verwaltungsrat als Kontrollgremium des Amts erreicht. In ihm sitzt als deutscher Vertreter Ministerialdirigent Christian Wichard aus dem Bundesjustizministerium. „Die IPQC ist dem Ministerium bekannt“, schreibt dieses auf Anfrage. Wichtig sei es, ein Patent zu erteilen, das möglichst weitgehend Bestand hat, wenn es rechtlich angefochten wird. „Mit einem lediglich quantitativen Ansatz, der die Zahl der erteilten Patente priorisiert, ist niemandem gedient“, betont das Justizministerium. Im Verwaltungsrat herrsche ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass die Qualität der Patenterteilung von großer Bedeutung und Qualitätsmängel für den Innovationsstandort Europa sehr problematisch wären, erklärt es weiter. Wichtig sei, dass Amt und Nutzer „im ernsthaften Dialog bleiben und keine verhärteten Fronten entstehen.“

Die Amtsführung sieht das mit ihrer Verweigerungshaltung offenbar ganz anders. Angebliche Qualitätsprobleme will es ab sofort nur noch Epa-intern und dort im Ständigen Beratenden Ausschuss diskutieren, der mit Vertretern der anmeldenden Industrie besetzt ist. Sepa-

Von Thomas Magenheim

München. Der Mann legt seinen Behördenausweis für das Europäische Patentamt (Epa) vor, der ihn als Patentprüfer identifiziert. Er will wie ein Kollege anonym bleiben, denn Prüfer dürfen sich nach internen Regularien nicht öffentlich äußern, wenn das dem Ansehen des Amts schaden könnte. Und was das Duo zu sagen hat, ist durchaus geeignet, das zu tun. „Die Saat geht auf“, sagt einer von ihnen. Er meint das 2015 eingeführte Beurteilungs- und Beförderungssystem – das aus Sicht einiger großer Unternehmen problematische Folgen hat.

Zuletzt hatten sich unter anderem Siemens, Bayer, Nokia und Roche zur sogenannten IPQC-Initiative zusammengeschlossen. Die moniert, dass das Amt Patentanträge immer schneller und damit schlampiger prüfen lässt. Folge sei, dass vor Gericht angefochtene Patente immer seltener Bestand haben. Und weil Patente insbesondere für forschungslastige Unternehmen essenziell sind, könnte das viel Geld kosten. Das Amt selbst nimmt zur Kritik öffentlich bislang keine Stellung. Gegenüber IPQC hat es Qualitätsprobleme bis zuletzt stets in Abrede gestellt, sagen Industrievertreter.

Bei den beiden anonymen Patentprüfern hingegen hat die Kritik nicht für Verwunderung gesorgt, auch sie sind mit dem Status quo nicht zufrieden. Das 2015 eingeführte Beurteilungs- und Beförderungssystem halte dazu an, mög-

lichst viele Fälle abzarbeiten. Wer viele Patentanträge bearbeitet, bekomme viele Bewertungspunkte. Je mehr dieser Punkte ein Prüfer schafft, desto schneller steige er auf und erhalte mehr Gehalt. Das geht womöglich zulasten der Gründlichkeit. „Unser Qualitätsproblem ist strukturell“, betont einer der beiden Prüfer, sein Kollege bestätigt es und damit auch Kritik der IPQC.

Es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, bis Qualitätsprobleme durchschlagen, nachdem die Prüfzeit seit Jahren immer knapper werde. „Die Kasse muss stimmen“, ergänzt der andere Prüfer. Gebühren kassiere das Amt aber vor allem, wenn Patente anerkannt würden. Einnahmen per Erteilung hätten deshalb Priorität. Prüfer hätten das daraus erwachsende Qualitätsproblem schon vor acht Jahren befürchtet und intern angesprochen. „Das Management sieht das nicht so und

uns eher als Nestbeschmutzer“, sagt einer der Prüfer.

Auch gegenüber dem IPQC mauert das Amt. So verweigere es seit Februar von der Initiative erbetene Daten zur Praxis der Patenterteilung. Es habe auch Einladungen zu einem Runden Tisch oder einer öffentlichen Diskussion zu den Osnabrücker Patenttagen diesen Mai ausgeschlagen, wo man alle Probleme hätte besprechen können. Das alles ist einem Brief des IPQC an

„ Unser Qualitätsproblem ist strukturell.“

Anonymer Patentprüfer

39 Mitglieder im Verwaltungsrat

Das Europäische Patentamt mit Hauptsitz München ist keine EU-Behörde, sondern eine supranationale Organisation, der sich 39 Staaten Europas angeschlossen haben. Jede von ihnen ist im Kontrollorgan Verwaltungsrat mit einer Stimme vertreten, unabhängig vom Patentaufkom-

men ihrer Länder. San Marino hat also ebenso eine Stimme wie Deutschland. Patentgebühren kommen anteilig auch diesen 39 Staaten zugute. Für viele kleinere stellen sie einen wichtigen Haushaltsposten dar. Die sind an vielen Patenterteilungen interessiert. Der Industrieinitiative IPQC zufolge

ist die Zahl der Patentanmeldungen von 2018 bis 2022 um ein Zehntel gestiegen, die Zahl der Prüfer aber um 8 Prozent gesunken. Die Quote anerkannter Patentsuchen ist von 2015 bis 2021 von 61 auf 71 Prozent gewachsen bei gleichzeitig halbierte Bearbeitungszeit pro Patentantrag.

Epa-Chef Antonio Campinos von Ende Juni zu entnehmen. Aus dem geht auch hervor, dass die Amtsführung mit IPQC nun nicht mehr sprechen will, was an der Diskussion Beteiligte bestätigen.

Der Disput hat mittlerweile auch den Epa-Verwaltungsrat als Kontrollgremium des Amts erreicht. In ihm sitzt als deutscher Vertreter Ministerialdirigent Christian Wichard aus dem Bundesjustizministerium. „Die IPQC ist dem Ministerium bekannt“, schreibt dieses auf Anfrage. Wichtig sei es, ein Patent zu erteilen, das möglichst weitgehend Bestand hat, wenn es rechtlich angefochten wird. „Mit einem lediglich quantitativen Ansatz, der die Zahl der erteilten Patente priorisiert, ist niemandem gedient“, betont das Justizministerium. Im Verwaltungsrat herrsche ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass die Qualität der Patenterteilung von großer Bedeutung und Qualitätsmängel für den Innovationsstandort Europa sehr problematisch wären, erklärt es weiter. Wichtig sei, dass Amt und Nutzer „im ernsthaften Dialog bleiben und keine verhärteten Fronten entstehen.“

Die Amtsführung sieht das mit ihrer Verweigerungshaltung offenbar ganz anders. Angebliche Qualitätsprobleme will es ab sofort nur noch Epa-intern und dort im Ständigen Beratenden Ausschuss diskutieren, der mit Vertretern der anmeldenden Industrie besetzt ist. Separate Diskussion mit der IPQC lehnt das Amt ab, berichten mit den Vorgängen vertraute Personen.